

6564/AB XXIV. GP

Eingelangt am 17.12.2010

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

BM für europäische und internationale Angelegenheiten

Anfragebeantwortung

Die Abgeordneten zum Nationalrat Mag. Judith Schwentner, Kolleginnen und Kollegen haben am 18. Oktober 2010 unter der Zl. 6633/J-NR/2010 an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „den Frauenanteil in höherwertigen Verwendungen“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 3:

Im Jahr 2008 wurden 7 Frauen und 20 Männer mit höherwertigen Funktionen (ab Referatsleitung) in der Zentrale des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten (BMeiA) betraut. Im Jahr 2009 wurden 9 Frauen und 33 Männer mit höherwertigen Funktionen in der Zentrale des BMeiA betraut.

In den Jahren 2008 und 2009 waren 16 Frauen und 53 Männer in Besetzungsvorschlägen für höherwertige Funktionen in der Zentrale des BMeiA an erster Stelle gereiht. Die Reihungen entsprechen den Neubesetzungen. Nachträgliche Umreihungen haben nicht stattgefunden.

Für weitere Informationen verweise ich auch auf den sogenannten „Außenpolitischen Bericht“, der vom Plenum des Nationalrats am 18. November 2010 zur Kenntnis genommen wurde.

Zu Frage 4:

Das zentrale Dokument betreffend die Förderung von Frauen im BMiA ist der mit 1. Februar 2009 in Kraft getretene „Frauenförderungsplan BMiA“ (BGBl. II Nr. 18/2009).

Im Sinne der Ziele des Frauenförderungsplans wurden weitere Initiativen gesetzt, etwa ein Pilotprojekt zur geschlechtergerechten Förderung der „Aus- und Weiterbildung für verbesserte Aufstiegschancen“. Es werden auch Schulungsveranstaltungen zu den Themenbereichen Gender Mainstreaming, Menschenrechte für Frauen, Frauen und internationale Friedenssicherung sowie Maßnahmen gegen traditionsbedingte Gewalt gegen Frauen abgehalten. Ich verweise auch auf das Angebot eines Betriebskindergartens und die Kinderbetreuungsaktion „Kindercompany“.

Darüber hinaus verweise ich auf die Beantwortung der schriftlichen parlamentarischen Anfrage Nr. 6496/J-NR/2010 vom 29. November 2010.